

Informationsstelle Peru e.V. | Kronenstraße 16 HH | 79100 Freiburg | GER

Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

Informationsstelle Peru e.V.
Red Solidaridad Alemania-Perú

Kronenstraße 16 HH
79100 Freiburg | Germany

info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

T 0049-761–707 08 40
F 0049-761–70 98 66

Freiburg, 9. Oktober 2023

Offener Brief
Besuch der peruanischen Präsidentin Dina Boluarte am 13. Oktober 23

Sehr geehrte Herr Bundespräsident,

am 13. Oktober werden Sie die peruanische Präsidentin Dina Boluarte empfangen. Dies nehmen wir zum Anlass, Sie auf die sich verschlechternde Menschenrechtslage und den Demokratieverlust in Peru seit dem Amtsantritt der Präsidentin am 7. Dezember 2022 aufmerksam zu machen.

Nach der Amtsenthebung von Präsident Pedro Castillo und der Ernennung der damaligen Vizepräsidentin Boluarte zur Präsidentin kam es zu massiven landesweiten Protesten, die bis in den Februar 2023 andauerten. Bei den Demonstrationen kamen erwiesenermaßen 49 Menschen durch Polizeigewalt zu Tode, die meisten durch gezielte Schüsse. Die Ermittlungen gegen diese außergerichtlichen Hinrichtungen laufen nur sehr schleppend. Präsidentin Boluarte war laut Aussagen des damaligen Innenministers immer über die Ereignisse informiert und hat nicht eingegriffen, um das Töten zu beenden. Dennoch lehnt sie jede Verantwortung ab und gibt im Gegenteil den Demonstrierenden die Schuld an den Tötungen.

Aktuelle Gesetzesinitiativen zielen darauf ab, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Protest sowie die Pressefreiheit einzuschränken. So ist geplant, die Information über Protestaktionen in öffentlichen Medien strafbar zu machen. Der peruanische Rechtsstaat wird um- bzw. abgebaut.

Demokratische Institutionen, die die Gewaltenteilung garantieren, werden gezielt geschwächt. Anfang September beschloss der Kongress die Aufnahme von Ermittlungen gegen sämtliche Mitglieder der Junta Nacional de Justicia (JNJ), ohne dass es dafür begründete Anhaltspunkte gegeben hätte. Die JNJ ist für die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten sowie der Mitglieder der Wahlbehörden zuständig. Ihre Mitglieder sollten offensichtlich ausgetauscht und durch regierungstreue Personen ersetzt werden. Dies wäre ein Schritt zur Aufhebung der Gewaltenteilung.



Nach den besonderen Umständen bei der Amtsübernahme und angesichts der eingeschlagenen Politik ist die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung Boluarte denkbar niedrig. Über 80 % lehnen in Umfragen ihre Politik ab. Dennoch weigern sich Präsidentin wie Kongress, über die Forderung nach Neuwahlen zu verhandeln.

Leider sind die sich verschlechternde Menschenrechtslage und der Demokratieverlust in Peru in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt. Wir bemühen uns darum, auf die Probleme aufmerksam zu machen, so wie das auch internationale Organisationen und Institutionen tun. In den letzten Monaten und Wochen haben sich u.a. der UN-Botschafter sowie acht weitere Botschafter, die Interamerikanische Menschenrechtskommission, Human Rights Watch und Amnesty international in öffentlichen Erklärungen sehr besorgt über die außergerichtlichen Hinrichtungen während der Proteste und über die Ermittlungen gegen die Mitglieder der JNJ geäußert. Den ausführlichen Bericht von Amnesty international über die Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung fügen wir diesem Brief bei.

In dieser Situation halten wir es für unangemessen, Präsidentin Boluarte die Bühne für einen öffentlichkeitswirksamen Auftritt im Bundespräsidialamt zu bieten.

Da die Einladung nun bereits erfolgt ist, bitten wir Sie dringend, die Begegnung zu nutzen, um die Menschenrechtslage in Peru deutlich anzusprechen und von der Präsidentin zu fordern, dass die Hinrichtungen bei den Protesten zügig, umfassend und unabhängig untersucht und die Verantwortlichen bestraft werden und dass das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Demonstrationsfreiheit sowie die Gewaltenteilung garantiert bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Schulze	Elke Falley-Rothkopf
Vorsitzender	Vorsitzende